

Beschluss-Heft

Landesparteitag 2011

am 5. November 2011

in Falkenberg/Elster

Antragsübersicht mit Beschlussfassung	Seite: 2 - 3
Beschlüsse des Landesparteitages	Seite: 4 - 25
An den Landesvorstand und Landesausschuss überwiesene Anträge	Seite: 26
An den Landesausschuss überwiesene Anträge	Seite: 27 - 29
An die Landtagsfraktion überwiesene Anträge	Seite: 30 - 31

Antragsübersicht mit Beschlussfassung

A 1	„Transparente Planung – Bürgerbeteiligung ausbauen“	Annahme mit Änderungen
A 9	Für ein leistungsfähiges Bundeswasserstraßennetz	Annahme
B 1	Einfügen eines Sozialfaktor bei Mittel- zuweisung des Landes an die Kreise, Städte und Kommunen	Überweisung an den Landesvorstand und Landesausschuss
B 2	Leiharbeit – solidarische Grundregeln	Annahme
B 3	Aktionsplan zur Umsetzung der UN- Menschenrechtskonvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (BRK)	Überweisung an den Landesausschuss
C 1	Bundesweit einheitliches Bildungssystem	Annahme
C 2	Bessere individuelle Fördermöglichkeiten für Schüler/innen gewährleisten	Überweisung an die Landtagsfraktion
C 3	Frühe Sprachstandsfeststellung	Annahme in geänderter Fassung
C 4	Stärkung der inklusiven Bildung	Annahme in geänderter Fassung
C 6	Bildungsvielfalt durch unterschiedliche Schulträger	Überweisung an die Landtagsfraktion
C 7	Wissen über Deutsch-deutsche Geschichte in der Schule verbessern	Annahme
D 2	Asylgesetzgebung auf den Prüfstand	Annahme
D 3	Grundrechte im Internetzeitalter	Annahme mit Änderungen
E 1	Höhere Energieeffizienz schaffen	Annahme
I 1	Die Chancen des Flughafens BER nutzen, die betroffenen Menschen entlasten	Annahme
I 2	Agrarpolitik	Annahme
I 3	Handyortung nur mit regelmäßiger Überprüfung	Annahme

- | | | |
|-----|---|------------------------------------|
| O 1 | Satzungsänderung | Annahme in geänderter Fassung |
| O 2 | Arbeitsgruppe zur Satzungsänderung zur Umsetzung der UN-Menschenrechtskonventionen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (BRK) | Überweisung an den Landesausschuss |
| O 3 | Kommunale Teilhabepläne zur Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (BRK) | Überweisung an den Landesausschuss |

Beschluss: I 2

Die SPD im Land Brandenburg begrüßt die Zielstellung der EU zur Agrarpolitik: die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe (ökonomisch und ökologisch) zu stärken, eine harmonischere Entwicklung innerhalb der EU zu unterstützen sowie zu einer Vereinfachung der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beizutragen. Die Legislativvorschläge zur GAP-Reform sind aber aus Sicht der SPD des Landes Brandenburg nicht in jedem Punkt geeignet, diese Zielstellung zu erreichen.

Deshalb fordert die SPD des Landes Brandenburg:

9. Keine Einführung einer betriebsbezogenen Obergrenzenregelung oder Degression für Direktzahlungen. Dieser Vorschlag führt zu einer neuen Form der Ungleichbehandlung insbesondere ostdeutscher Betriebe. Kappung und Degression von Direktzahlungen führen überdies zu erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, der die notwendige Vereinfachung der GAP konterkarieren würde.
10. Der ELER und die europäischen Strukturfonds müssen mit den gleichen europäischen Kofinanzierungssätzen und harmonisierten Finanzierungsbedingungen ausgestattet werden, um einen gemeinsamen strategischen Förderansatz umsetzen zu können.
11. Bei der Umsetzung der geplanten Ökologisierungskomponente (Greening) sind die bereits erbrachten Leistungen des Landes im Naturschutzbereich anzurechnen. So müssen u.a. auch NATURA 2000-Gebiete als ökologische Vorrangflächen angerechnet werden.
12. Die Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik muss erkennbar zur Reduzierung von Regelungen, Verfahren und Kontrollen führen. Sowohl für die Wirtschaftsbeteiligten als auch für die Verwaltungen müssen spürbare Vereinfachungen durchgesetzt werden.